

1. Mai: Zeit für Mehr

Der deutschen Wirtschaft geht es gut, ihren Großunternehmen glänzend. Dank niedriger Zinslast und Steuer-mehreinnahmen (im Februar waren es 5 % mehr als ein Jahr zuvor) erzielt auch der Staat Haushaltsüberschüsse.

Die deutsche Wirtschaft trotz den Krisen in Europa und weltweit und fährt Rekordgewinne ein. Sie ist international wettbewerbsfähig aufgestellt und exportiert so viel wie noch nie - 2015 stiegen die Exporte im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 %. Immer mehr Waren und Dienstleistungen werden produziert: Im laufenden Jahr wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich bei soliden 1,5 % liegen, 2015 lag es sogar bei 1,7 %.

Die Aussichten sind also gut. Die Auftragsbücher der Unternehmen sind gefüllt. Der gesamtwirtschaftliche Kuchen wird immer größer. Der Staat kann mit höheren Steuereinnahmen rechnen. Höchste Zeit, diejenigen am Erfolg zu beteiligen, die den Wohlstand in Deutschland schaffen – die Beschäftigten. Höchste Zeit also für ein kräftiges Lohnplus in den aktuellen Tarifrunden.

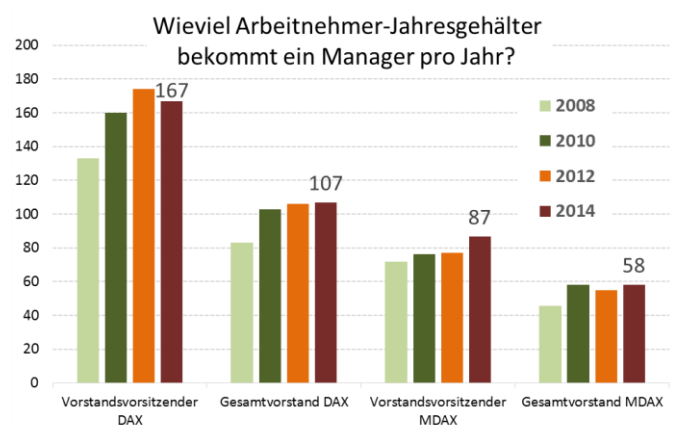
Höhere Löhne sind ein Gebot der Gerechtigkeit. Nach wie vor beträgt das Einkommen eines Vorstandsmitglieds eines DAX-Unternehmens das 107-fache des durchschnittlichen Einkommens eines Arbeitnehmers oder einer Arbeitnehmerin (siehe Abbildung). Während die Gewinneinkommen seit 2000 um 64 % gestiegen sind, legten Arbeitnehmerentgelte nur um 38 % zu.

Höhere Löhne sind auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Denn nur wenn die Beschäftigten Geld in der Tasche haben, steigt der Konsum und die Unternehmen können Waren und Dienstleistungen im Inland verkaufen. Eine Förderung der Binnennachfrage ist nötig, um das Wirtschaftswachstum in Deutschland zu stabilisieren und Jobs zu sichern. Davon profitiert dann auch der Staat mit höheren Steuereinnahmen. Höhere Löhne gingen auch einher mit stärkeren Importen aus den

Nachbarländern, was die Lage in der Eurozone endlich stabilisieren könnte. Trotzdem knausern die Arbeitgeber in den laufenden Tarifrunden. Mit mickrigen Angeboten provozieren sie im Öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie ohne Not Arbeitskämpfe. Beispiel Öffentlicher Dienst: Ver.di fordert in Bund und Kommunen 6 % mehr Geld, geregelt in einem Tarifvertrag, der 12 Monate gilt. Kita-ErzieherInnen und andere öffentliche Bedienstete sollen endlich anständig bezahlt werden. Die Antwort der Arbeitgeber: Drei Monate lang soll gar nicht erhöht werden. Im Juni soll eine mickrige Erhöhung von 1 % kommen. Erst weitere 12 Monate später, im Juni 2017 soll es eine weitere Erhöhung um 2 % geben. Insgesamt: Zu wenig, zu spät, nicht angemessen.

In der Metall- und Elektroindustrie sieht es nicht besser aus. Die IG Metall fordert 5 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Die Arbeitgeber bieten bei einer Laufzeit von ganzen 24 Monaten nur eine zweistufige Erhöhung von insgesamt 2,1 % plus eine Einmalzahlung von 0,3 % – berechnet auf 12 Monate – an.

Faule Arbeitgeber-Tricks kann sich Deutschland nicht leisten. Ein kräftiges Lohnplus schon! Gehen wir dafür am 1. Mai auf die Straße!



Quelle: DSW Vorstandsvergütungsstudie, verschiedene Jahrgänge; Statistisches Bundesamt, VGR- Detaillierte Jahresergebnisse 2014; eigene Berechnungen.